

(Abgeordneter Dr. Dietel.)

- (A) bringen, jetzt allgemein anerkannt haben. Das hat die EntschlieÙung bewiesen, die von den Beamtengruppen in der Versammlung im Zirkus Sarrasani angenommen worden ist. Und in der Tat, es würde ein großer Akt der Gerechtigkeit sein, der schon längst hätte vorgenommen werden müssen, wenn noch, bevor man in eine allgemeine Besoldungsrevision eintritt, die Lehrerminimalstaffel geändert würde. Der Herr Kultusminister hat ja eben außerordentlich schöne und anerkennende Worte über die Lehrerschaft gesprochen. Die Lehrerschaft wird diese Worte mit großer Genugtuung hören. Meine Fraktion schließt sich den Ausführungen des Herrn Kollegen Kleinhempel an. Wir sind auch dem Herrn Minister für diese anerkennenden Worte dankbar; wir werden nunmehr mit dem größten Vertrauen seinen Taten, nicht nur seinen Worten, entgegensehen. Denn es muß betont werden: schöne und anerkennende Worte hat die Lehrerschaft nun wahrlich genug gehört, sie hat sie auch von demselben Platze aus, an dem heute der Herr Kultusminister steht, reichlich zu hören bekommen, aber es wird nunmehr höchste Zeit, daß die Lehrerschaft Taten sieht, wenn das erreicht werden soll, worauf der Herr Kultusminister hingewiesen hat, daß die Berufsarbeit trotz der Not der Zeit nur einigermaßen freudig getan werden soll, aber leider nicht bloß um dessentwillen, sondern ich füge hinzu, wenn die Lehrerschaft über der wirtschaftlichen Not nicht einfach zusammenbrechen will. Ich denke dabei, ohne das auszuführen, an das ungemein große Elend der Junglehrerschaft, das ja der Königlichen Staatsregierung bekannt sein muß

(Sehr wahr!)

und das geradezu nach Abhilfe schreit.

Wenn diese von mir kurz skizzierten dringlichen Maßnahmen erfüllt sein werden, dann wird es auch Zeit sein, in Vorarbeiten einzutreten für eine Änderung der Besoldungsordnung überhaupt. An den Vorarbeiten müßten natürlich in Betracht kommende Vertreter der verschiedenen Beamten-, Lehrer- und Staatsarbeitergruppen mit teilnehmen. Das ist ja wohl nach den Ausführungen des Herrn vorsitzenden Ministers, die er hier in der Kammer gemacht hat, selbstverständlich. Ich bitte nunmehr den Herrn Kultusminister jetzt oder in der Deputation um Erklärung darüber, welche Maßnahmen zur Beseitigung der großen wirtschaftlichen Not innerhalb der Beamten- und Lehrerschaft und Staatsarbeiterschaft bereits geplant sind. Es wird dann nicht notwendig sein, daß wir noch besonders mit Anträgen oder Interpellationen an die Regierung herantreten müssen, und es wird nicht notwendig sein, noch Zeit auf die Begründung und die Aus-

sprache hierüber zu verwenden, die doch für uns sehr kostbar ist. Ich meine aber auch, durch solche Erklärungen würden die großen Sorgen der Beamten- und Lehrer- und Arbeiterschaft für die nächste Zukunft einigermaßen gebannt werden, und sie würden die große Not der Gegenwart im Hinblick auf eine Besserung in der nächsten Zukunft doch leichter ertragen.

(Bravo! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Präsident: Ehe ich das Wort weitergebe, möchte ich die Tagesordnung für die nächste Sitzung verkünden. Noch einmal muß von der allgemein geregelten Anfangszeit der Sitzungen auf dringende Bitten abgegangen werden. Ich setze die Sitzung für morgen noch auf vormittag $\frac{1}{2}$ 10 Uhr an. Die Regel wird aber weiterhin sein: an allen Tagen Sitzungsbeginn um 11 Uhr, nur an den Tagen, wo wir nach einer Unterbrechung wieder zusammenkommen, wird stets die Sitzung erst auf $\frac{1}{2}$ 6 Uhr nachmittags anzusetzen sein. Die Tagesordnung für morgen wird lauten:

1. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition des Schneidermeisters Georg Schönfeld in Leipzig-Neudnitz um Gewährung einer Entschädigung aus Anlaß eines Eisenbahnunfalls. (Drucksache Nr. 257.)
2. Schlußberatung über den mündlichen Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition der Modellstechers-Witwe Auguste Werner in Dresden um Gewährung einer Unterstützung. (Drucksache Nr. 264.)

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Wittig.

Abgeordneter Wittig: Meine Herren! Obgleich mit dem gegenwärtigen Dekret ein gewisser Eingriff in die Selbstverwaltung der Schulgemeinden verknüpft ist, stehen doch meine politischen Freunde und ich nicht an, zu erklären, daß wir mit der Vorlage durchaus einverstanden sind und ihr unsere Zustimmung geben werden. Wir tun dies, weil wir zugeben, daß der durch Weigerung verschiedener Schulgemeinden, Teuerungszulagen zu gewähren, eingetretene Zustand zu Härten und Ungleichheiten führte, und daß er zugleich für die Lehrerschaft, die ja während des Krieges vielfach unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Berufspflichten zu erfüllen hatte und getreulich erfüllt hat, kein erhebender gewesen ist.

Es wird mit dem Dekret ein von der Lehrerschaft bitter empfundener Übelstand beseitigt. Die in der Vorlage vorgesehene Ermächtigung des Ministeriums, in be-